

über die 36. Sitzung des Bauausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 23.10.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00 Ende: 19:10



Anwesenheitsliste

\boldsymbol{C}	D	U
_	$\boldsymbol{\smile}$	v

Cyrus Bakhtari Vertreter von Frau Höhlinger

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Michael Schreiner

SPD

Hermann Demmerle

Klaus Eisold ab 17:10 anwesend (TOP 2)

Florian Maier

Aydin Tas ab 17:40 Uhr anwesend (TOP 2)

Hans Peter Thiel Vertreter von Herrn Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Lea Heidbreder Verpflichtung als Ausschussmitglied am 06.11.2018

Udo Lichtenthäler

<u>FWG</u>

Wolfgang Freiermuth

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner

<u>Vorsitzender</u>

Dr. Maximilian Ingenthron



Berichterstatter Ralf Bernhard Christoph Kamplade **Roland Schneider** <u>Sonstige</u> Sandra Diehl Schriftführer/in Madlene Spielberger **Entschuldigt** <u>CDU</u> Susanne Höhlinger vertreten durch Herrn Bakthari <u>SPD</u> Michael Scheid vertreten durch Herrn Thiel beratendes Mitglied Michael Scherrer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

<u>Tagesordnung</u>

Öffentliche Sitzung

- 1. Einwohnerfragestunde
- Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd": Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im "Wohnpark Am Ebenberg"
 – Grundsatzentscheidung Konzeptvergabe mit Festpreisen Vorlage: 610/529/2018
- 3. Initiative Landau baut Zukunft; Sachstandsbericht
- 4. Bauvoranfrage über die Befreiung für die Überschreitung der straßenabgewandten Bauflucht durch Stellplätze Vorlage: 630/354/2018
- 5. Aufbau eines Fahrradleihsystems in Landau in der Pfalz Vorlage: 660/177/2018
- 6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Ein wohner fragest unde

Seitens der anwesenden Einwohnerschaft gab es keine Fragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd": Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im "Wohnpark Am Ebenberg" – Grundsatzentscheidung Konzeptvergabe mit Festpreisen

Der Vorsitzende rief die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung Stadtentwicklung vom 11.10.2018 auf, auf welche verwiesen wird, und erwähnte, dass die Auswahlverfahren zu Grundstücksveräußerungen in der Vergangenheit schon häufig diskutiert wurden. Insgesamt führten diese Diskussionen stets Weiterentwicklung der bewährten und guten Auswahlverfahren. Es habe sich zudem bewährt, externen Sachverstand in den Prozess einzubinden. Auslöser der nun zur Beschlussfassung vorgelegten Grundsatzentscheidung sei die Vergabe "Panzerhalle" und des östlich benachbarten Baufeldes im Jahr 2017 gewesen. Die überzeugendsten Konzepte erhielten auf Grund eines niedrigeren Kaufpreisgebotes jeweils keinen Zuschlag. Durch reine Konzeptvergaben mit Festpreisen wäre dies zukünftig ausgeschlossen. Die Festpreise würden etwas über den Bodenrichtwerten bzw. Verkehrswerten festgelegt werden.

<u>Ausschussmitglied Herr Eichhorn</u> ließ anklingen, dass bisher die Bewertung bzw. die Gewichtung des Kaufpreises eine "große Unbekannte" gewesen sei. Für ihn war es ein "ungutes Gefühl" wenn alle Bewertungen feststanden und dann durch die Öffnung der Kuverts alle Bemühungen zunichtegemacht wurden. Herr Prof. Wachten, der die Auswahlverfahren fachlich begleitete und die Auswertungen darstellte, sei ebenfalls mit den Ergebnissen nicht zufrieden gewesen, so Herr Eichhorn. Die nun vorgeschlagene Lösung bezeichnete Herr Eichhorn als "ausgleichend". Ein Festpreis sei als Momentaufnahme zu betrachten und der Verkehrswert der Grundstücke werde – auch im Interesse der Aufsichtsbehörde – durch die Festpreise erreicht. Die Stadt selbst wisse bei Festpreisen allerdings nicht, ob sie höhere Preise hätte erzielen können.

<u>Ausschussmitglied Herr Maier</u> konnte nachvollziehen, dass eine fachliche Bewertung durch den Aspekt "Geld" übertroffen werde. Da die städtebaulichen Aspekte im Vordergrund stehen sollten, hielt er die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise für gut.

<u>Ausschussmitglied Herr Lichtenthäler</u> erinnerte daran, dass der vorherige Weg rechtens war. Er hielt es für sinnvoll, zukünftig mit Festpreisen zu arbeiten. Herr Lichtenthäler könnte sich außerdem vorstellen, dass weitere Kriterien in Zukunft festgeschrieben werden.

Zu guter Letzt äußerte Herr Lichtenthäler seine Zustimmung zur Beschlussvorlage und fragte, ob aufgezeigt werden könne, welche Grundstücke noch zu veräußern seien.

<u>Ausschussmitglied Herr Freiermuth</u> betonte, dass man durch die Vergangenheit eines Besseren belehrt wurde. Geld bedeute nicht alles, aber es sei auch nicht schlecht, wenn die Stadt Einnahmen erzielen könnte. Herr Freiermuth äußerte dennoch seine Zustimmung und hielt fest, dass auch zu einem späteren Zeitpunkt stets die Auswahlkriterien nachjustiert werden könnten.

<u>Ausschussmitglied Herr Löffel</u> sprach hinsichtlich des Einflusses der Kaufpreisgewichtung von einer Bewegung "zwischen Feuer und Eis". Das Baufeld 26d sei ein besonders extremes Beispiel in Bezug auf die Kaufpreisgewichtung gewesen. Herr Löffel war davon überzeugt, dass es bei einer linearen Betrachtung des Kaufpreisgebotes nicht zu dieser nahezu exponentiellen Gewichtung gekommen wäre.



Ihm war bewusst, dass die Stadt, wie jedes Unternehmen auch, wirtschaftliche Interessen verfolge und monetäre Aspekte nicht außer Acht lassen könne. In diesem Zusammenhang betonte der Vorsitzende, dass Gelder für den Grundstücksverkauf nur einmal eingenommen werden, ein Gebäude jedoch langfristig die Stadt prägen würde.

Herr Kamplade nahm Bezug auf Herrn Lichtenthälers Bitte und zeigte anhand einer Karte die noch zu veräußernden Grundstücke. Insgesamt gehe es, je nachdem ob alle Optionen gezogen werden, um bis zu sieben Baufelder.

Zu Herrn Löffels Anmerkung der linearen Betrachtung des Kaufpreisgebotes erklärte Herr Kamplade, dass diese Betrachtung die bestehenden Probleme nicht lösen würde. Momentan sei zu beobachten, dass grundsätzlich hohe Grundstückspreise geboten werden. Eine Veräußerung der Grundstücke zum Verkehrswert sei sogar mit einem Aufschlag denkbar, wodurch wiederum Einnahmen für die Stadt zu generieren seien. Zudem habe die Verwaltung festgestellt, dass oft Interessenten neben dem besten Konzept auch das beste Kaufpreisgebot abgegeben hätten. Dies war auch in anderen Städten zu beobachten.

Seitens der Bauausschussmitglieder gab es keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bauausschuss empfahl daraufhin dem Hauptausschuss sowie dem Stadtrat einstimmig den nachgenannten Beschlussvorschlägen zuzustimmen.

- 1. Die Vermarktung und Vergabe der Baufelder im "Wohnpark Am Ebenberg" erfolgt zukünftig als Konzeptvergabe mit Festpreisen.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die künftigen Ausschreibungen mit rein fachlichen Kriterien baufeldbezogen vorzubereiten und durchzuführen. Das Ausschreibungsexposé sowie die von der Jury formulierten Bewertungsvorschläge werden den Gremien weiterhin zum Beschluss vorgelegt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Initiative Landau baut Zukunft; Sachstandsbericht

Der Vorsitzende rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Schneider, der eine Präsentation vorbereitet hatte. Die Präsentation werde außerdem nach der Sitzung öffentlich zugänglich sein.

Herr Schneider begann seinen Vortrag mit einem Rückblick, wie die Initiative Landau baut Zukunft ihre Arbeit aufnahm und welche verschiedenen Bausteine der Initiative zu Grunde gelegt wurden. Ein Baustein sei beispielsweise die Wohnraumstrategie der Stadt Landau bis 2030, die seit dem Jahr 2017 gestufte Baugebietsentwicklungen in den Stadtdörfern bis zum Jahr 2027 sowie bis zum Jahr 2030 zunächst Vorbereitende Untersuchungen im Landauer Südwesten und danach eine bauliche Entwicklung auf Basis der Untersuchungsergebnisse vorsehe. Zudem erläuterte Herr Schneider kurz die Erfahrungen der Verwaltung mit der Quotierungsrichtlinie und gab einen aktuellen Sachstand zu den Baugebietsentwicklungen in den Stadtdörfern sowie den Quartiersentwicklungen in der Kernstadt.

Herr Schneider veranschaulichte zudem anhand einer Grafik das Schließen von Baulücken um bis zu 55 % seit dem Jahr 2013, was wiederum der Maßgabe "Innen- vor Außenentwicklung" entspreche. Demnach stoße allerdings auch die Innenentwicklung und Nachverdichtung allmählich an ihre natürlichen Grenzen, weshalb Siedlungsflächen auch im Außenbereich kein Tabuthema sein sollten.

Der Vorsitzende dankte Herrn Schneider und hielt die Menge der Informationen im Vortrag für das "richtige Maß". Die Entwicklung der Stadt Landau werde dynamisch bleiben. Die Stadtverwaltung komme ihrer Verantwortung nach und die Gremien hätten in der nächsten Zeit noch wichtige Entscheidungen zu treffen. Im Anschluss übergab er das Wort an die Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Herr Lerch fand Herrn Schneiders Vortrag interessant. Es wurde ein deutlicher Eindruck vermittelt, dass die Stadt Landau frühzeitig - und nicht zu hektisch - tätig wurde und ihrer Entwicklung gerecht werde. Auch wenn die Maßnahmen anfangs streitig auf den Weg gebracht wurden, könne man sich durch die von Herrn Schneider vorgelegten Zahlen positiv bestätigt fühlen. Mit den Grundsätzen Innen- vor Außenentwicklung, Einheimischenmodell und gestalterischem Anspruch fahre die Stadt eine "sehr gute Schiene". Es werde an einem großen Rad gedreht, so Herr Lerch, und ohne die gute Arbeit der Verwaltung wäre dies nicht zu bewältigen.

<u>Ausschussmitglied Herr Maier</u> war davon überzeugt, dass behutsam und sinnvoll mit Flächen umgegangen werde und es nicht die Rede von "Landau XXL" sein könne. Dies wurde durch Herrn Schneiders Vortrag verdeutlicht, so Herr Maier.

Aus Sicht eines Dammheimers lobte Herr Maier zudem die schnelle Entwicklung des Baugebietes seines Stadtdorfes und erhoffe sich dies auch für das Stadtdorf Arzheim.

<u>Ausschussmitglied Herr Lichtenthäler</u> erwähnte, dass in der Vergangenheit zum Thema sozialer Mietwohnungsbau zu wenig getan wurde und man "geschlafen" habe. Herr Lichtenthäler zeigte sich allerdings erfreut, dass man momentan dabei sei, viele wohnungspolitische Aufgaben einzugehen und Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen.

Des Weiteren stimmte Herr Lichtenthäler zu, dass die Stadt behutsam mit ihren Flächen umgegangen sei – bis "Landau XXL" (Landau Südwest) Thema wurde. Er bestreite daher

Stadt Landau in der Pfalz



nicht, dass viele Entscheidungen bis dato richtig waren. Nur das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung komme durch "Landau XXL" nicht immer zum Tragen.

Beeindruckt zeigte sich Herr Lichtenthäler über die Entwicklungen in der Innenstadt. Er sah Potenzial, so dass noch "weiter etwas passieren" könne. Herr Lichtenthäler bat darum, das Verhältnis Neubau zu Bestand näher zu betrachten. Der hochwertige Wohnungsbau sei seiner Meinung nach an die Grenzen gelangt und es gebe Gerüchte, dass Neubauprojekte nicht vollvermietet seien.

<u>Ausschussmitglied Herr Freiermuth</u> nahm zunächst Bezug auf Herrn Lichtenthälers Wortmeldung und freute sich, dass auch bei ihm positive Erkenntnisse herauszuhören waren.

Für Herrn Freiermuth wurde die InWIS-Studie mehr als bestätigt. Der Zuwachs der Bevölkerung sei nahezu beängstigend und sollte seiner Meinung nach nicht allzu stürmisch von statten gehen.

Des Weiteren appellierte Herr Freiermuth, es nicht mit der Quotierung des sozialen Mietwohnungsbaus zu übertreiben. Vielmehr sollte eine ausgewogene Gestaltung angestrebt werden.

Des Weiteren hielt Herr Freiermuth den Grundsatz "Innen vor Außen" für kritisch. In Teilbereichen sei dies zwar richtig, dennoch sollte man aus klimatischen Gründen nicht alle Flächen "zukleistern". Grünflächen sollten, so gut es gehe, erhalten bleiben. Als Alternative schlug Herr Freiermuth vor, zu prüfen, ob ggf. Bestandsgebäude aufgestockt werden könnten.

Ausschussmitglied Herr Wagner sah weiterhin einen Bedarf an günstigem Wohnraum. In den Medien seien viele Angebote zum Erwerb von Eigentumswohnungen enthalten, Mietwohnungen hingegen seien schnell vergriffen und nur kurz inseriert. Herr Wagner übte Kritik an der Ausübung der Quotierungsrichtlinie, da von vier Projekten nur in zwei Fällen die Quote realisiert wird. Dies sei nicht befriedigend und es werde zu wenig für das preisgünstige Segment des Wohnungsmarktes getan. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung Landaus sowie die erfolgreichen Firmenansiedlungen - die nicht schlecht seien -, hätten zur Folge, dass Arbeitnehmer vermehrt Wohnraum in der Stadt nachfragen würden. Der Vorsitzende rief in Erinnerung, dass es in der Pflicht der Stadt sei, einen Standort attraktiv zu halten. Gewerbesteuereinnahmen seien als "Rückversicherung" der Stadt zu sehen. Stellschrauben zugunsten der Stadt, so der Vorsitzende, lägen beispielsweise im kommunalen Zwischenerwerb von Grundstücken.

<u>Ausschussmitglied Herr Eisold</u> hatte mehrere Fragen zu Herrn Schneiders Vortrag und den vorgestellten Themen.

Zum einen sei die Entwicklung im Bereich des ehemaligen Rangierbahnhofs ärgerlich. Gebe es eine Zeitschiene, aus der hervorgehe, wann der Grundstückseigentümer die Flächen veräußern wolle? Herr Schneider antwortete ihm, dass dies zeitnah erfolgen solle und Anfang des Jahres 2019 mit der Ausschreibung begonnen werde. Zum anderen fragte Herr Eisold hinsichtlich der Vorbereitenden Untersuchungen im Bereich der Wollmesheimer Höhe / Landau Südwest, ob diese nicht schon abgeschlossen seien, wenn Kaufangebote an die Grundstückseigentümer gerichtet werden? Herr Schneider erklärte ihm daraufhin, dass das Abfragen der Mitwirkungs- und Verkaufsbereitschaft von Grundstückseigentümern Teil der Vorbereitenden Untersuchungen sei.

Des Weiteren bat Herr Eisold um Klärung, was mit angemessenen Preisen von Grundstücken gemeint sei? Herr Schneider berichtete, dass die Bodenrichtwerte in der jüngsten Vergangenheit stetig gestiegen seien und diese in der Regel den minimalen Kaufpreis der Stadt darstellen. Unterhalb des Bodenrichtwertes bzw. Verkehrswertes dürfe die Stadt im Regelfall keine Grundstücke verkaufen. Wenn die Richtwerte steigen,



steigen somit auch die Mindestpreise der Kommune zum Verkauf von Baugrundstücken.

Abschließend fragte Herr Eisold, ob es für die städtische Wohnungsbaugesellschaft schon konkrete Projekte gebe. Hierzu verwies Herr Kamplade an das Gebäudemanagement. Bisher sei eine konkrete Maßnahme in der Südstadt "weit gediehen".

Da sich keine weiteren Wortmeldungen abzeichneten, dankte der Vorsitzende Herrn Schneider für dessen Sachstandsbericht und erklärte die Informationen als zur Kenntnis genommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Bauvoranfrage über die Befreiung für die Überschreitung der straßenabgewandten Bauflucht durch Stellplätze

Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden zur Sitzungsvorlage der Bauordnungsabteilung vom 04.10.2018, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, beschloss der Bauausschuss direkt einstimmig den nachgenannten Beschlussvorschlag.

Der Bauausschuss stimmt der Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes C25 hinsichtlich der Überschreitung der straßenabgewandten Bauflucht der angrenzenden Hauptgebäude mit Stellplätzen zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Aufbau eines Fahrradleihsystems in Landau in der Pfalz

In der Einführung durch den Vorsitzenden in die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur vom 15.10.2018, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, kam zum Ausdruck, dass nun die Zeit für die Errichtung eines Fahrradmietsystems gekommen sei und eine Anmeldung zu den nächsten Haushaltsberatungen durch die hiesige Beschlussfassung erfolgen könnte. Ein Fahrradleihsystem gehöre nach Landau, so der Vorsitzende. Das System des VRN (Verkehrsverbund Rhein-Neckar) sei "durchdacht" und mit vollem Service ausgestattet. Im Anschluss bat er um die "politischen Statements" der Bauausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Herr Lerch hätte sich gewünscht, dass alternative Anbieter geprüft und Vergleichszahlen von der Verwaltung vorgelegt werden. Schließlich stünden Kosten in Höhe von 200.000 EUR im Raum. Herrn Lerch war bewusst, dass eine Beauftragung des VRN Vorteile hinsichtlich der regionalen Vernetzung über Landau hinaus habe. Zum einen bestätigte Herr Lerch auch die Aussage des Vorsitzenden, dass die Zeit für ein Verleihsystem nun reif sei und zum anderen hoffe er, dass die Aufsichtsund Dienstleistungsdirektion den Aufbau des Verleihsystems als genehmigungsfähig erachten werde. Ziel sollte schließlich sein, die Mobilität in Landau breit zu fördern.

<u>Ausschussmitglied Herr Maier</u> betonte, dass keine "Insellösung" gewollt sei. Da die Stadt Landau zum VRN-Gebiet gehöre, sei eine Kooperation mit dem VRN sinnvoll. Ein Fahrradverleihsystem wäre ein "dauerhaft richtiger Weg". Als Anregung brachte Herr Maier das Thema "Lastenfahrräder" in die Diskussion mit ein. Diese könnten beispielsweise für den Transport von Getränkekisten von Nutzen sein. Herr Maier berichtete kurz, dass der Einsatz von Lastenrädern in einem Modellversuch des VRN in Norderstedt getestet werde. Der Vorsitzende sagte Herrn Maier zu, dass "Lastenfahrräder" als Thema mit in die Gespräche aufgenommen werden.

Zukünftiges Ausschussmitglied Frau Heidbreder begrüßte den Aufbau eines Fahrradverleihsystems und sah dies als Verbesserung des Images der Stadt und der Nahmobilität an. Das vorgestellte System des VRN sei zukunftsweisend und Landau habe "Nachholbedarf". So seien beispielsweise "Sharing"-Angebote immer gefragter, da junge Leute zunehmend auf ein eigenes Auto verzichten. Eine Kooperation mit dem VRN fand Frau Heidbreder sehr gut. Frau Heidbreder schlug außerdem vor, zuerst die Dienstleistung und dann die Infrastruktur (sowie Beschilderungen) anzugehen. Ziel sei, das Auto zu ersetzen. Frau Heidbreder regte an, die Universität miteinzubeziehen. Zu guter Letzt äußerte Frau Heidbreder ihre Zustimmung zur Sitzungsvorlage und gab "grünes Licht".

<u>Ausschussmitglied Herr Freiermuth</u> bezeichnete das Fahrradleihsystem als sinnvolle Einrichtung, die Gelde koste. Er wollte daher in Erfahrung bringen, was nach Ablauf des Fünfjahresvertrages passiere? Werden die Fahrräder in das Eigentum der Stadt Landau übergehen? Dies wurde direkt verneint. Weiterhin fragte Herr Freiermuth, wie man mit Vandalismus umgehen werde? Die "gelben Leihräder" eines früheren Leihsystems landeten oft in Gräben oder wurden mutwillig zerstört. Ihm wurde erklärt, dass die Registrierung der Nutzer das Vandalismus-Risiko senken werde.

Abschließend merkte Herr Freiermuth an, dass die Menschen zunehmend bereit seien, mit dem Fahrrad unterwegs zu sein.

Stadt Landau in der Pfalz



Ausschussmitglied Herr Wagner begrüßte ebenfalls den Aufbau eines Fahrradverleihsystems. Er hoffe auf eine positive Entscheidung für den Haushalt. Mit Blick auf die Bauarbeiten im Bereich der Horstbrücke betonte Herr Wagner, dass die Stadt auch ihre Haltung gegenüber den Radfahrerinnen und Radfahrer anpassen müsse. Herr Bernhard erklärte ihm, dass es für den Zeitraum des Neubaus der Horstbrücke für Radfahrer leider keine andere Lösung gebe und die Radverkehrsteilnehmerinnen und teilnehmer absteigen und ihre Räder schieben müssten.

<u>Ausschussmitglied Herr Eisold</u> nahm Bezug auf Frau Heidbreders Wortmeldung und empfahl, dass die Hochschule direkt Verträge mit dem VRN schließen sollte. Er zog hierzu einen Vergleich zur Stadt Mannheim, wo beispielsweise die Studierenden die erste halbe Stunde gratis den Fahrradverleih nutzen könnten.

Des Weiteren erinnerte Herr Eisold an das frühere Verleihsystem in Landau, das auch gut war. Nun könnten allerdings mit dem neuen Service defekte Räder direkt abgeholt und repariert werden. Bei einem Verleihsystem gehen in der Regel die Leihräder nicht in das Eigentum der Stadt über, da diese schlichtweg zu teuer seien.

<u>Ausschussmitglied Herr Lichtenthäler</u> fragte, wie es um die HBR-Beschilderung (Anm.: Hinweise für die wegweisende und touristische Beschilderung für den Radverkehr in Rheinland-Pfalz) stehe. Herr Bernhard erklärte, dass man sich z.B. hinsichtlich des Queichtalradweges mit allen angrenzenden Kommunen von der Queichquelle in Hauenstein bis hin zur Mündung in den Rhein bei Germersheim abstimmen müsse. Sobald eine Abstimmung erfolgte, sei eine Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz um bis zu 75 % denkbar.

Weiterhin wollte Herr Lichtenthäler wissen, ob vor der Post in der Ostbahnstraße eine nextbike-Station entstehen könnte. Hierzu merkte Herr Lichtenthäler auch an, dass die Fahrradabstellbügel nach Fertigstellung der Baumaßnahme "Boulevard Ostbahnstraße" noch fehlen würden. Herr Bernhard antwortete ihm, dass diese bis Anfang Dezember 2018 vorhanden sein werden.

Seitens der Bauausschussmitglieder gab es keinen weiteren Klärungsbedarf, so dass der Bauausschuss einstimmig dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zustimmte. Frau Heidbreder nahm an der Abstimmung nicht teil.

Die Teilnahme an dem Fahrradmietsystem "vrn nextbike" wird für die Haushaltsberatungen 2019 – 2022 angemeldet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

"Unser Quartier wächst"

Herr Kamplade informierte die Ausschussmitglieder über den bevorstehenden Termin am 08.11.2018 um 18:00 Uhr zum Thema "Unser Quartier wächst" - Auftaktveranstaltung Bewerbungsverfahren für Baugemeinschaften, Baufeld 15, im "Wohnpark Am Ebenberg". Die Einladungen wurden am 15.10.2018 verschickt.

Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften - Fördergelder

Herr Kamplade nahm Bezug auf Herrn Freiermuths Anfrage im Bauausschuss vom 04.09.2018 hinsichtlich der Höhe von Fördermitteln, welche bisher in die Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften geflossen sind. Frau Schmidt-Sercander ermittelte in der Zwischenzeit die Höhe der Fördergelder: Durch das Forschungsprogramm "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" (ExWoSt) sind in den Jahren 2014 bis 2017 insgesamt 144.725 EUR für die Quartierentwicklung ausgegeben worden und davon 50 %, also 72.362 EUR, wurden demnach über ExWoSt gefördert.

Dorfladentag

Herr Kamplade berichtete, dass am 30.11.2018 der "Dorfladentag" in Arzheim stattfinden wird. Als Gast werde auch der rheinland-pfälzische Minister des Innern und für Sport, Herr Roger Lewentz, erwartet. Die Flyer mit dem Programm werden noch an die Ausschussmitglieder verteilt.

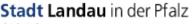
Alte Volksbank in der Marktstraße

<u>Ausschussmitglied Herr Demmerle</u> fragte nach einem aktuellen Sachstandsbericht bezüglich der Dachsanierungsarbeiten. Herr Kamplade antwortete, dass ein Dachdecker beauftragt sei und die Arbeiten in vollem Gange seien. Das Gebäude selbst sei nicht einsturzgefährdet.

Horstbrücke und Schreiben des ADFC

<u>Ausschussmitglied Herr Lichtenthäler</u> wollte in Erfahrung bringen, ob das Schreiben des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V.) zur Horstbrücke beantwortet wurde. Der Vorsitzende bestätigte dies. Herr Lichtenthäler ging nochmals kurz auf die bestehende Problematik ein, wenn man Richtung "Horst" kommend nach 30 m mit dem zu schiebenden Fahrrad auf eine Blockade durch eine Querungshilfe stoße. Daher sei die Frage nach möglichen Umleitungen aufgekommen.

Modal Split





Ausschussmitglied Herr Lichtenthäler fragte, zu wann die Ergebnisse der Modal Split-Untersuchung bekanntgegeben werden (Anm.: Als "Modal Split" wird in der Verkehrsstatistik die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel (Modi) genannt). Herr Bernhard berichtete, dass die Verkehrsstatistik zu ³⁄₄ abgeschlossen sei und mit einer Antwort Anfang des Jahres 2019 gerechnet werde.

Rodungsarbeiten

<u>Ausschussmitglied Herr Maier</u> fragte nach dem Sachstand zu den Bauarbeiten im Bereich des Kreisels LD-Nord, Dammheim Ausfahrt Richtung Westen. Seit den Rodungsarbeiten habe man nichts Neues mehr gehört. Herr Bernhard antwortete, dass die Arbeiten vergeben seien und noch im Monat November 2018 mit dem Baubeginn zu rechnen sei.

Blindenleitsystem

<u>Ausschussmitglied Herr Eisold</u> wollte wissen, ob das vor der Post in der Ostbahnstraße angebrachte Blindenleitsystem, so wie nun vorhanden, geplant gewesen sei. Herr Bernhard erklärte, dass das Blindenleitsystem mit den zuständigen Personen so besprochen wurde. Dennoch werde Herr Bernhard Nachforschungen vornehmen.

Macherdaach

<u>Ausschussmitglied Herr Wagner</u> teilte in eigener Sache einen Werbeflyer aus und informierte die Ausschussmitglieder über den 1. Macherdaach in der SÜWEGA Halle am 27.10.2018. Die Veranstaltung sei vor allem für "Tüftler" und "Experimentierer" interessant.

Experiment Königstraße

<u>Ausschussmitglied Herr Wagner</u> interessierte sich dafür, ob es schon eine Evaluation zu den vorgenommenen Maßnahmen (wie z.B. farbliche Markierung, Begrünung und Außengastronomie) in der Königstraße gebe. Herr Bernhard berichtete, dass es bisher positive Rückmeldungen gab. Eine Evaluation habe jedoch noch nicht stattgefunden.



Die Niederschrift über die 36. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 23.10.2018 umfasst 7 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis xxx.

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Madlene Spielberger Schriftführer